



SPD Fraktion
im Bezirksrat der
Landeshauptstadt Hannover

Stadtbezirk
Ahlem Badenstedt Davenstedt

An den
Bezirksbürgermeister im Stadtbezirk
Ahlem Badenstedt Davenstedt
Herr Rainer Göbel
über den Fachbereich 18
Steuerung, Personal und Zentrale Dienste

Änderungsantrag gem. der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover für die
Bezirksratssitzung am 18.06.2020

Einschränkungen des Grabartenangebotes auf dem Stadtteilstädtfriedhof Badenstedt DS 0578/2020

Der Bezirksrat möge beschließen:

Ziffer 1 der Drucksache 0578/2020 wird in folgender Fassung beschlossen:

1. durch den Stadtbezirksrat gem. § 93 NKomVG i. V. m. § 9 (1) Nr. 1 der Hauptsatzung der LHH:
zu beschließen, dass das Angebot für Erdbestattungen auf dem Stadtteilstädtfriedhof Badenstedt in
der Weise verändert wird
 - a) dass bis 2040 nur noch Erdbestattungen in bestehenden Familiengrabstätten weiterhin
möglich sind
 - b) keine Umbettungen von Familiengrabstätten auf andere Friedhöfe erfolgen
 - c) für neue Erdbestattungen die Möglichkeit auf dem Ahlemer Friedhof auch für Bürgerinnen
aus Badenstedt und Davenstedt ermöglicht wird.

Begründung:

Die Verwaltung hat sehr umfangreich im Bezirksrat in nicht öffentlicher und öffentlicher Sitzung die notwendigen Änderungen vorgetragen. Diese sind vom Grundsatz her begründet und auch nachvollziehbar.

Aus ethischen und menschlichen Gründen sollte jedoch Familien weiterhin möglich sein bereits bestehende Familiengrabstätten weiter zu nutzen und insbesondere eine Umbettung von Verwandten auf andere Friedhöfe zu vermeiden.

Gerade für ältere Bürgerinnen und Bürger gibt es einen engen Bezug zum Stadtteil und seit Bestehen der Bezirksräte auch zum Stadtbezirk. Diesem Umstand sollte man mit einer Bestattung innerhalb des Stadtbezirks Rechnung tragen.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger wünschen aus religiösen Gründen eine Erdbestattung und dieses Recht sollte ihnen auch im Stadtbezirk gewährt werden.

Da der Stadtteilstadtfriedhof in Ahlem augenscheinlich noch in ausreichendem Maße über freie Flächen verfügt, wäre es eine gute Alternative dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen.

K. Klebe-Politz

Kerstin Klebe-Politz
Fraktionsvorsitzende